

**Gegen das PolG NRW
Düsseldorf HBF
7. Juli 2018
13.00 Uhr**











Kontrolle Überwachung Freiheitseinschränkung

Nach dem Vorbild in Bayern, planen CDU und FDP auch für NRW ein neues Polizeigesetz (PolG). Dabei geht es nicht nur um neue Waffen, wie Elektroschocker und mehr Videoüberwachung an öffentlichen Orten. Durch weitere Änderungen soll es zukünftig schneller möglich sein, Leute wie dich und mich bis zu 28 Tage einzusperren oder unsere komplette Kommunikation abzuhören - ohne dass wir eine Straftat begangen haben

**13.00 Uhr Düsseldorf Hauptbahnhof,
Treffpunkt:Friedrich-Ebert-Straße
vor dem DGB-Gebäude**

Folgende Änderungen soll es zukünftig geben:

-  Einführung des Begriffs der „drohenden Gefahr“. Das heißt die bloße Vermutung einer potentiellen Gefahr reicht aus, um weitgehende polizeiliche Maßnahmen zu rechtfertigen,
-  Ausweitung der Möglichkeiten zu unbegründeten bzw. verdachtsunabhängigen Personendurchsuchungen
-  Videoüberwachung ohne begründeten Verdacht an öffentlichen Orten
-  Einführung von sogenannten Staatstrojanern, das ist die Möglichkeit die Geräte von Menschen vorsorglich und ohne Vorwarnung zu hacken
-  Anordnung von Aufenthaltsbeschränkungen und Kontaktverboten als präventiv-polizeiliche Maßnahme
-  Überwachung durch Fußfesseln u.a. zur Einhaltung von Anordnungen
-  In Gewahrsam genommen werden: bislang maximal 48 Stunden, künftig bis zu 28 Tage. Festgehalten werden für die Feststellung der Identität: bisher maximal zwölf Stunden, künftig bis zu sieben Tage.
-  Die verschiedenen Polizeistrukturen werden aufgerüstet: Racial Profiling, Speicherung von DNA-Daten und Maschinengewehre für Polizeieinheiten

Damit wird die Polizei in NRW zunehmend mit geheimdienstlichen Aufgaben betraut und entsprechenden Befugnissen ausgestattet. Es genügt bereits eine sogenannte „drohende Gefahr“, also nur die Möglichkeit, dass jemand zur Täter*in werden könnte, um vielfältige, massiv in die Bürgerrechte einschneidende Überwachungsmaßnahmen zu rechtfertigen.

Diese schweren Grundrechtseingriffe richten sich nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Terrorist*innen. Sie können gegen alle Menschen, soziale Bewegungen, Proteste oder Streiks gerichtet werden. Es reicht zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein, verwechselt zu werden, die „falschen“ Personen zu ken-

nen etc.

Die Übertragung geheimdienstlicher Aufgaben und Befugnisse auf die Polizei widerspricht dem sogenannten Trennungsgebot zwischen Geheimdienst und Polizei, das aus den Erfahrungen mit den Verbrechen im Dritten Reich resultiert, weil mit der Zusammenlegung die Bevölkerung noch effektiver terrorisieren wurde. Diese Lehre scheint bei CDU und FDP in Vergessenheit geraten zu sein.

Wir dürfen uns diese massiven Einschnitte in unsere Grundrechte nicht gefallen lassen! Jeder von uns hat ein Recht auf ein freies Leben und Privatsphäre! Diese Gesetze nützen nicht unserer Sicherheit, sie sind gegen uns gerichtet!

Noch vor der Sommerpause soll dieses Gesetz verabschiedet werden, deshalb lasst uns am **07. Juli 2018 zusammen in Düsseldorf** auf die Straße gehen und zeigen, was wir von dieser Politik halten!

Du willst gemeinsam mit anderen aktiv werden gegen Überwachung, Polizeigewalt und für ein schönes Leben? Du willst gemeinsam mit anderen lernen, für deine eigenen Interessen aktiv zu werden? In Aachen, Bielefeld/Gütersloh, Bochum, Düsseldorf, Dortmund, Essen, Köln, Lüdenscheid, Siegen, Solingen und Witten haben wir aktive SDAJ-Gruppen in denen du dich einbringen kannst! Scheib uns:

 SDAJ Ruhr Westfalen
 SDAJ Rheinland Westfalen
 <http://news.dkp.de>

 **DKP**  **SDAJ**